Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/5519

31. 10. 89

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Volmer und der Fraktion DIE GRÜNEN
— Drucksache 11/5113 —

Jüngste Mittelamerikareise von Staatsminister Schäfer, Auswärtiges Amt

Der Bundesminister des Auswärtigen hat mit Schreiben vom 30. Oktober 1989 – 011 – 300.14 – die Kleine Anfrage namens der Bundesregierung wie folgt beantwortet:

1. Ist die Aussage von Staatsminister Schäfer, die Bundesregierung vertrete die Auffassung, die nicaraguanische Regierung werde im kommenden Februar freie Wahlen abhalten, mit der er im Monitor-Dienst vom 17. August 1989 zitiert wurde, richtig wiedergegeben?

Die im Monitor-Dienst vom 17. August 1989 auszugsweise wiedergegebene Meldung der Nachrichtenagentur LATIN gibt Äußerungen von Staatsminister Schäfer nicht korrekt wieder. Staatsminister Schäfer hat lediglich seiner Erwartung Ausdruck gegeben, daß die im kommenden Februar in Nicaragua vorgesehenen Wahlen frei und sauber verlaufen werden.

2. Wenn ja, warum beschließt die Bundesregierung dann nicht die sofortige Wiederaufnahme der Entwicklungshilfe für Nicaragua?

Die Bundesregierung hat wiederholt ihre Bereitschaft erklärt, bei voller Implementierung des Abkommens von Esquipulas die entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit Nicaragua wieder zu intensivieren.

3. Stimmt es, daß Staatsminister Schäfer in Managua, Nicaragua, den Willen der Bundesregierung, der nicaraguanischen Regierung bei den anstehenden Wahlen technisch behilflich zu sein, bekräftigt hat?

Staatsminister Schäfer hat in Managua den Willen der Bundesregierung bekräftigt, den Obersten Wahlrat Nicaraguas bei der Vorbereitung und Durchführung der anstehenden Wahlen zu unterstützen.

4. Warum wurde dieses Versprechen, das bereits der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit bei seinem Besuch in Nicaragua Anfang Juni gemacht hat, bisher nicht eingelöst?

Die Planungen für eine deutsche Unterstützung des Obersten Wahlrates Nicaraguas haben unmittelbar nach Rückkehr des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit aus Nicaragua begonnen. Nach intensiver Abstimmung mit den zuständigen nicaraguanischen Stellen und anderen Gebern ist nunmehr die Lieferung einer kompletten EDV-Ausrüstung vorgesehen, mit deren Hilfe die Wählerregister erstellt und die Wahlergebnisse verarbeitet werden sollen. Der deutsche Beitrag wird außerdem eine technische Beratung umfassen.

5. Wann gedenkt die Bundesregierung nunmehr, diese Zusage zu verwirklichen?

Die Lieferung der EDV-Ausrüstung ist für Mitte/Ende September diesen Jahres vorgesehen.

6. Wurde Staatsminister Schäfer mit den Aussagen, der Krieg in Nicaragua wäre von außen hereingetragen worden (Frankfurter Rundschau, 21. August 1989) und „Es wird Aufgabe der Vereinigten Staaten sein, die die Contras ausgerüstet und mit Waffen versorgt haben, zu sehen, was sie mit ihnen machen können", wenn sie die Waffen nicht abliefern wollen (Monitor-Dienst, 17. August 1989), richtig zitiert?

Staatsminister Schäfer hat auf Fragen von Journalisten seiner Hoffnung Ausdruck verliehen, daß die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika die geplante Demobilisierung und Repatriierung bzw. Umsiedlung der Contras im besonderen Maße unterstützen könnte.

7. Bei welcher Gelegenheit hat die Bundesregierung der Regierung der Vereinigten Staaten diese ihre Auffassung vorgetragen?

In seinem Gespräch mit dem amerikanischen Stellvertretenden Außenminister Eagleburger am 7. September 1989 hat Staatsminister Schäfer in diesem Sinne angeregt, die humanitäre Hilfe der Vereinigten Staaten von Amerika für die Contras in Zukunft zur Unterstützung ihrer Repatriierung oder Umsiedlung einzusetzen.

8. Stimmt die Bundesregierung mit Staatsminister Schäfer darin überein, daß der Präsident El Salvadors, Alfredo Cristiani, ein intelligenter und faszinierender Mensch sei?

Die Bundesregierung gibt grundsätzlich keine persönlichen Bewertungen von Staatsoberhäuptern oder Regierungschefs ab. Staatsminister Schäfer hat in Gesprächen und Interviews seinen Eindruck von Präsident Cristiani dahin gehend zusammengefaßt, daß er – übereinstimmend mit fast allen seinen Gesprächspartnern in Zentralamerika und auch den Vertretern der linken Oppositionsparteien in El Salvador – den Eindruck habe, daß Präsident Cristiani entschlossen sei, sowohl Verhandlungen mit der FLMN aufzunehmen als auch sich der Durchsetzung der Menschenrechte in seinem Lande energisch zu widmen.

9. Bezieht sich diese Wertung auf die Umgangsformen des Großgrundbesitzers Cristiani oder auf seine Politik als Regierungschef?

Auf die Antwort zu Frage 8 wird verwiesen.

10. Wie beurteilt es im Hinblick auf die Äußerungen von Staatsminister Schäfer die Bundesregierung, wenn die Menschenrechtsverletzungen in El Salvador unter der Regierung Cristiani weiter laufend zunehmen?

Die Lage der Menschenrechte in El Salvador gibt weiterhin Anlaß zur Sorge. Der über Jahre hinweg kontinuierliche Rückgang der Menchenrechtsverletzungen ist Ende 1987 leider einem gegenläufigen Trend gewichen. Die negative Entwicklung steht im Zusammenhang mit einer von rechts- wie linksextremen Gruppen bewußt betriebenen Verschärfung der Konfrontation.

Nach Feststellungen der Rechtsschutzstelle des Erzbistums San Salvador hat bereits während der letzten Monate der Regierung Duarte ein beunruhigender Anstieg von vorläufigen Festnahmen eingesetzt. Diese Tendenz hat sich nach dem 1. Juni diesen Jahres, also unter der Verantwortung der Arena-Regierung, fortgesetzt, während die Zahl politischer Morde oder Entführungen nicht zugenommen hat.

Die Bundesregierung hat gegenüber der salvadorianischen Regierung ihre Besorgnis über die Menschenrechtslage in El Salvador wiederholt und mit Nachdruck unterstrichen, zuletzt durch Staatsminister Schäfer bei dessen Besuch in El Salvador und seinen Gesprächen mit Präsident Cristiani.

11. Ist die Bundesregierung mit Staatsminister Schäfer der Auffassung, daß Präsident Cristiani wisse, worauf es ankomme, wenn seine Regierung und seine Partei versuchen, durch Reformen des Strafgesetzbuches und der der Strafprozeßordnung die soziale Bewegung und die politische Opposition zu kriminalisieren?

Die Diskussion um eine eventuelle Strafrechtsreform in El Salvador befindet sich in einem zu frühen Studium, als daß die Bundesregierung dazu Stellung nehmen könnte.

12. Gedenkt die Bundesregierung, die von der Cristiani-Regierung beabsichtigte Wirtschaftspolitik, die sich explizit am chilenischen Modell orientieren will, in absehbarer Zeit wirtschaftlich zu unterstützen?

Die Frage neuer Projekte der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit El Salvador steht gegenwärtig nicht zur Entscheidung an. Staatsminister Schäfer hat Präsident Cristiani über die ohne Gegenstimmen verabschiedete Resolution des Deutschen Bundestages zu dieser Frage unterrichtet.

13. Wie beurteilt die Bundesregierung die Versuche von Präsident Cristiani, mittels einer von der Regierung ernannten, kompetenzlosen Kommission zu politischen Verhandlungen mit der Befreiungsbewegung zu kommen?

Der Umstand, daß inzwischen bereits der Dialog aufgenommen wurde, zeigt, daß die Guerilla bereit ist, mit den Vertretern der Regierung zu sprechen.

Die für die Gespräche benannte Regierungskommission hat nach dem ausdrücklich bekundeten Willen von Präsident Cristiani volle Entscheidungsgewalt und Vertretungsmacht seitens der Regierung. Die Bundesregierung geht davon aus, daß die salvadorianische Regierung ernsthaft bemüht ist, Voraussetzungen für eine friedliche Lösung des internen Konfliktes zu schaffen.

14. Das wievielte Angebot der Befreiungsbewegung zu sofortigen Verhandlungen mit der Cristiani-Regierung ist das jetzt gemachte nach den Zählungen der Bundesregierung, und wie viele entsprechende Angebote hat die Regierung El Salvadors im selben Zeitraum unterbreitet?

Der Bundesregierung sind drei schriftliche, direkt an die Regierung Cristiani gerichtete Verhandlungsangebote bekannt. Die salvadorianische Regierung ihrerseits hat ihr Verhandlungsangebot seit dem 1. Juni diesen Jahres immer wieder erneuert.

15. Wie beurteilt die Bundesregierung die Auffassung von Präsident Cristiani, die Katholische Kirche solle bei zukünftigen Gesprächen mit der Befreiungsbewegung keine Mittlerrolle mehr spielen?

Die Bundesregierung hat gemeinsam mit ihren europäischen Partnern immer wieder, zuletzt in der Erklärung der Zwölf vom 9. August 1989 zum Gipfeltreffen von Tela, zur Fortsetzung des Dialogs zwischen der salvadorianischen Regierung und der FMLN aufgerufen und die Wiedereingliederung der Guerilla in das institutionelle politische Leben El Salvadors gefordert.

Die Bundesregierung ist jedoch nicht berufen, in der Diskussion zwischen Regierung und Guerilla um die Modalitäten dieses Dialogs selbst Stellung zu beziehen.

Im übrigen hat Präsident Cristiani Vertreter der salvadorianischen Kirche aufgefordert, an der Dialogrunde in Mexiko als Beobachter teilzunehmen.

16. Wie wertet die Bundesregierung den Vorschlag der Befreiungsbewegung, ein vorbereitender Dialog für die Verhandlungen mit der salvadorianischen Regierung solle im Ausland und in Gegenwart internationaler Beobachter stattfinden?

Auf die Antwort zu Frage 15 wird verwiesen.

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51, Telefax (02 28) 36 12 75
ISSN 0722-8333